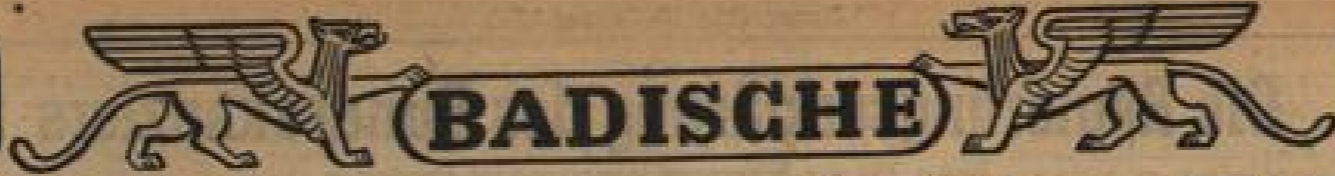


Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1952

7 (10.1.1952)



NEUESTE NACHRICHTEN

USA-Note zur Kriegsgefangenen-Frage

Washington (dpa). Der amerikanische Gesandte in Moskau überreichte am Dienstag im sowjetischen Außenministerium eine Note zur Kriegsgefangenen-Frage. In der die USA-Regierung die Sowjetunion zur Beteiligung an der von der UNO-Vollversammlung geschaffenen Sonderkommission für Kriegsgefangenenfragen auffordert. Es sei die Hoffnung der Vereinigten Staaten, daß es in der Note, daß sich die Sowjetregierung trotz ihrer bisherigen Weigerung, der Kommission bei der Zusammenstellung von Tatsachematerial behilflich zu sein, nunmehr bereitfinden werde, bei diesem jüngsten Versuch zur Lösung der Kriegsgefangenenfrage voll und ganz mitzuarbeiten.

Israel für direkte Verhandlungen

Jerusalem (dpa). Das israelische Parlament (Knesset) sprach sich am Mittwoch mit 41 gegen 30 Stimmen für direkte Reparationsverhandlungen mit Deutschland aus. Für Abgeordnete entschieden sich der Summe. Die von der Regierung Ben Gurion angeführten direkten Verhandlungen mit Deutschland, die sich nur auf die Reparationsfrage beziehen sollen, waren in weiten israelischen Kreisen auf scharfen Widerstand gestoßen.

Einberufung des Sicherheitsrats abgelehnt

Paris (dpa). Der politische Ausschuss der UNO-Vollversammlung lehnte am Mittwoch in Paris die von der Sowjetunion geforderte sofortige Einberufung des Sicherheitsrats ab. Auf dieser Sitzung sollten die Koreafrage und Wege zur Beseitigung der internationalen Spannungen besprochen werden.

Der Ausschuss nahm dagegen mit 43 gegen die 5 Stimmen des sowjetischen Blocks einen Antrag der drei großen Westmächte und Brasilien an, die Sondersitzung des Rates erst in 10-15 Tagen einzuberufen, wenn tatsächliche Erfolge hinsichtlich der Beseitigung der Weltspannung zu erwarten sind.

Panmunjon: Kleinere Zugeständnisse

Panmunjon (dpa). In der Mittwochszitzung der Waffenstillstandsverhandlungen in Korea gab die Kommunisten ihren Widerstand

Adenauer: „Alles Große ist ein Wagnis“

Der Beginn der Schumanplan-Debatte - Für oder gegen Europa

Drahtbericht unseres Bonner Dr. A.R.-Redaktionsmitglieds

Bonn, 9. Jan. — Vor dichtbesetztem Hause und überfüllten Tribünen begann gestern nachmittag die dreitägige Beratung des Bundestages über die Ratifizierung des Schumanplans, die der Bundeskanzler unter stürmischem Beifall der Mehrheit des Hauses eine Entscheidung für oder gegen Europa nannte. „Hier und jetzt muß der Anfang gemacht werden“, rief der Kanzler dem Parlament zu. „Von dem Ja des Bundestages hängt es ab, ob die Einigung Europas Wirklichkeit wird.“

Die Erklärung des Kanzlers, mit der die große Debatte eingeleitet wurde, war eine Antwort auf alle gegen den Schumanplan vorgebrachten Bedenken, die zu dem Fakt kam: 1. Die Ruhrbehörde, alle Besatzungsbehörden über Kohle und Stahl und alle Beschränkungen für den Ausbau der deutschen Grundstoffindustrie werden durch den Schumanplan aufgehoben werden. 2. Einzige Ausnahme bleibt die Durchführung der Entflechtung. Aber nach dieser ist eine Revision der alliierten Maßnahmen durch die hohe Behörde des Schumanplans möglich. 3. Der Schumanplan bringt keine Gefahr für die deutsche Versorgung mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen. 4. Keine Voreingabe des Sozialrats durch den Schumanplan. 5. Ausdehnung des Schumanplans auf die sowjetische Zone nach der Wiedervereinigung Deutschlands.

„Alles Große ist ein Wagnis“, gab Dr. Adenauer als Stichwort für die Betrachtung des

Schumanplans als des Wagnisses für Europa. Auch die ersten Reden der nach der ersten Regierungserklärung anhebenden zweiten Lesung, die sich mit den wirtschaftspolitischen Folgen des Schumanplans befaßten, zeigten, daß keine Seite mit unumstößlichen Gewissheiten arbeiten kann, sondern sich auf gute oder schlechte Voraussagen beschränken muß. Der kritische Punkt ist, wie sich zeigte, ob Deutschland im Rahmen des Schumanplans ungehindert zu Demontage und Besatzungsbestimmungen die erfolgte Niederhaltung der deutschen Stahlindustrie aufheben kann.

An diesem Punkt setzt auch der Antrag der Koalitionsparteien ein, die Bundesregierung zu beauftragen, daß die Entflechtung sich auf organisatorische Maßnahmen beschränkt und die Heranzugabe gesichert werden. Die Opposition hat die scharfe Formulierung eingebracht, daß die Ratifizierung mit der Maßgabe erfolgt, daß die Demontagen in keiner Weise von der Schumanplanbehörde gehindert werden können und daß die Bundesregierung ein Revisionsgesetz vorlegen und die alliierte Entflechtung revidieren wird.

Die Taktik der Opposition

Die Opposition, die grundsätzlich die Ratifizierung verweigert, will bis die Zusatzabkommen zum Generalvertrag vorliegen oder die Entflechtung revidiert wird, aber weiß, daß sie damit keine Mehrheit findet, will mit diesem Antrag die Regierungsparteien zwingen, die Ratifizierung an klare Bedingungen zu knüpfen, deren Nichterfüllung automatisch die Ratifizierung ungültig werden lassen würde. Dieser Weg wird aber von den Regierungsparteien nicht beschritten werden können, da es keine zusätzlichen Bedingungen für die Ratifizierung eines internationalen Vertrages gibt. Er gibt sich keine einzelnen Änderungen in einem solchen Vertrag, so daß der dem Bundestag vorliegende Gesetzesentwurf nur die Zustimmung zum Schumanplanvertrag, über seine Verbindung und über seine Aufnahme als deutsches Recht enthält.

gegen die Forderung der Vereinten Nationen auf, daß die Kriegsmaterialbestände während eines Waffenstillstandes aufgeföhrt werden dürfen. Die Kommunisten beharren jedoch auf ihrer Forderung, daß noch während eines Waffenstillstandes Flugplätze ausgebaut werden dürfen.

An der Front haben nach schwächerer Ruhe schwere Kämpfe eingesetzt.

Spielbankverbot

Stettin (Fig. Ber). Der württemberg-badische Landtag nahm gestern gegen wenige Stimmen einiger Heißeisler Abgeordneter der SPD und DVP des Spielbankverbot an.

Daraufhin wurden Öffentliche Spielbanken in Württemberg-Baden nicht zugelassen werden. Erteilte Zulassungen werden aufgehoben. Das bedeutet praktisch, daß die bereits erteilte Konzession für die Heißeisler Spielbank rückgängig gemacht wird.

Der Bürkle-Skandal

F. L. Der Fall des 1906 in Stuttgart geborenen Willy Bürkle, der von der Girokassa seiner Vaterstadt einen Kredit in Höhe von acht Millionen DM bekam, von dem die Schwäbische Treuhänder AG. annahm, daß sechs verloren sind, ist offensichtlich ein Skandal.

Darüber zweifelt auch niemand von den hundert Abgeordneten des württemberg-badischen Landtags, die sich gestern mit dieser Angelegenheit befaßten. Der Leser wird aus dem Sitzungsbericht feststellen können, wie sie sich dazu stellten.

Um die Vorgänge im Stuttgarter Landtag aber richtig beurteilen zu können, muß man folgendes wissen: Von den Parlamentariern wird nur ein Ausschnitt des Bürklefalls behandelt, und zwar nur insoweit als er die Aufsichtspflicht des Staates über die Girokassa Stuttgart betrifft. Dabei waren sich Regierungsparteien und Opposition zwar über den Tatbestand einig, aber nicht über die Folgen, die daraus beizuliegen Minister und verantwortliche Beamten zu ziehen sind. Es kam aber nicht zur Aufdeckung von Mißständen in der Verwaltung des württemberg-badischen Staates, worauf sich der Auftrag des Bürkle-Untersuchungsausschusses bezogen hatte, und zwar deshalb nicht, weil keine vorhanden sind.

Natürlich läßt es sich die Opposition nicht nehmen, den Regierungsparteien bei dieser Gelegenheit auf die Finger zu zeigen. Und deshalb steht der dafür verantwortliche Innenminister Ulrich im Mittelpunkt der Diskussion. Aber Korruption konnte nicht festgestellt werden, das sei ausdrücklich bestätigt.

Der Bürklefall wird aus anderen Gründen mit Recht als ein Skandal bezeichnet.

1. Es war skandalös, daß diesem Willy Bürkle Personalkredite gegeben wurden. In den Handakten des Präsidenten Härle von der Städtischen Girokassa Stuttgart war vermerkt, daß Bürkle im Verlaufe des letzten Krieges reich wurde. Der Bürgermeister der Gemeinde Sömmingen bezeichnete ihn als einen ausgesprochenen Kriegsgewinnler. Diesem Bürkle hat ein Unternehmen, das gemeinnützig ist und Einlagen öffentlicher Körperschaften in bevorzugter Maße erhält und deshalb unter Staatsaufsicht steht, Kredit gegeben, der weder durch Bürgschaft noch in anderer Form gesichert war.

Unsere erste Forderung: Kriegsgewinnern sind öffentliche Einrichtungen, mit denen sie sich reicher werden wollen, zu verweigern.

2. Es ist ein Skandal, daß man diesem Willy Bürkle acht Millionen nachwarf und dafür 30 000 kreditnehmenden Personen, zum größten Teil aus dem Mittelstand, abwarf.

Zweite Forderung: In solchen und ähnlichen Einrichtungen, wie der Städtischen Girokassa Stuttgart, müßten bei der Kreditgewährung Vertreter des Mittelstands ein maßgebendes Wort mitzusprechen haben.

3. Es ist skandalös, daß Bürkle seinen Kredit ohne einen schriftlichen Antrag und ohne Vorlegung schriftlicher Unterlagen über seine Vermögenslage bekam, ja, daß die Girokassa sogar noch bemüht war, Bürkle als Kunden zu gewinnen und daß es ihr entlang brä, sie nichts davon wissen will, daß der vorherige Kreditgeber, die Allbank in Stuttgart, nicht mehr gewillt war, ohne Garantie weitere Kredite zu geben.

Dritte Forderung: Gemeinnützige Einrichtungen, wie sie die Girokassa Stuttgart darstellt, sollen nicht nach großen Geschäften greifen, um große Profite zu machen, sondern dem Zwecke dienbar bleiben, für den sie nach ihren Satzungen gemacht sind.

4. Es ist ein Skandal, daß der Vorsitzende des Verwaltungsrats der Girokassa Stuttgart bei Kenntnis der Gewährung des sätzungswidrigen Kredits an Bürkle sich nicht daran erinnerte, daß er von dem gleichen als Kandidat für den Oberbürgermeisterposten der Stadt Stuttgart 10 000 RM für den Wahlfonds erhalten hatte. Vorsitzender des Verwaltungsrats und Oberbürgermeister-Kandidat waren ein und dieselbe Person.

Vierte Forderung: Gegen eine unzulässige Verbindung von Geschäft und Politik muß im Interesse der Sauberhaltung unserer öffentlichen Lebens und der Ansehens der demokratischen Einrichtungen von allen Parteien scharf und eindeutig Front gemacht werden. Wir haben keine Veranlassung anzunehmen, daß dies nicht geschieht.

5. Es ist weiterhin skandalös, daß die Satzungen eines Instituts, wie es die Girokassa Stuttgart ist, in einer so wichtigen Bestimmung, wonach keine Blanko-Kredite gegeben werden sollen, übertritten werden konnten und dadurch eine wesentliche Schädigung der Mittelstandsinteressen eingetreten ist. Fünfte Forderung: Verantwortungsvolle Posten bei solchen für die Wirtschaft außerordentlich wichtigen Institutionen öffentlichen Charakters sollten nur von erprobten Personen besetzt sein, bei denen Fachwissen und Charakter in einem durchaus harmonischen Verhältnis zueinander stehen.

Ohne Zweifel hat die Staatsaufsicht, der auch die Girokassa unterworfen ist, es nicht vermocht, den Skandal rechtzeitig zu erkennen oder ihn schon in den Anfängen zu verhindern. Insofern hat sie nicht jene Aufgabe erfüllt, die man im allgemeinen von außen her von ihr erwarten konnte. Aber es müßte aus diesem ganzen bedauerlichen Vorfalle mindestens eine entscheidende Lehre gezogen werden. Die Wahlen einer guten Staatverwaltung, die wir im allgemeinen in Württemberg-Baden durchaus genießen, verwandeln sich in dem Augenblicke in Unsagen, in dem die Beamten in eine Verantwortung für wirtschaftliche Unternehmungen hineingezogen werden, die sie aufgrund der Verhältnisse gar nicht zu übersehen vermögen.

Der Bürklefall zeigt auf das Deutlichste, daß es für die wirtschaftliche Betätigung des Staates Grenzen gibt, die nicht überschritten werden sollten. Diese Grenzen zu erkennen, ist Aufgabe der verantwortungsbewußten Politiker.

Präsident Truman verlas die Jahresbotschaft

1952 ein entscheidendes Jahr für die Verteidigungs-Anstrengungen

Washington (AP/dpa). Präsident Harry S. Truman hat am Mittwoch seine traditionelle Jahresbotschaft an den Kongreß (State of the Union-Message) verlesen. Er hat darin 1952 als ein entscheidendes Jahr für die Verteidigungsanstrengungen bezeichnet und ein Programm zur Stärkung der nichtkommunistischen Welt gegen drohende Angriffe umrissen.

Angesichts der „grimmen Tatsache“, daß die Sowjetunion ihre militärische Macht weiter erhöhte, stellte er die Forderung auf eine weitere Verstärkung der amerikanischen Streitkräfte und auf eine Fortsetzung der militärischen und wirtschaftlichen Hilfeleistungen an die freien Völker. Er glaube, daß die Rüstungsproduktion der USA sich bis zum Jahresende verdoppeln werde.

Die Vereinigten Staaten, sagte Truman, sollten alles tun, die Vereinigung Europas zu fördern, und es sei zu hoffen, daß die großen Projekte Schumanplan und Plevenplan noch in diesem Jahr verwirklicht werden.

Die Amerikaner selbst sollten auch in diesem Wahljahre alle innenpolitischen Streitigkeiten, die die nationalen Interessen gefährden könnten, beiseite lassen und einen Burgfrieden schließen.

In einem Rückblick auf das vergangene Jahr unterstrich der Präsident, daß die gemeinsame Verteidigung Europas Tatsache geworden sei. Die Armeen der freien Nationen werde jeden Versuch einer feindlichen Macht, an den Atlantik vorzustoßen, ernstlich behindern können, wenn sie auch nicht so stark sei, wie sie sein sollte. Allerdings sei durch den Ausbau der Verteidigung der weitere Wiederaufbau in Europa gefährdet worden, während der Nahe Osten durch politische Spannungen in Aufruhr gehalten worden sei. Die Vereinigten Staaten seien entschlossen, den Kampf gegen die Kommunisten in Korea fortzuführen, bis ein Waffenstillstand erreicht sei, der den Grundrissen der Vereinten Nationen entspreche.

Obgleich die Sowjetunion in den Ostblockstaaten politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten gegenüberstehe, produziere sie immer noch mehr Flugzeuge als die freien Nationen und habe zwei weitere Atomexplosionen ausgesetzt. Deshalb müßten nicht nur Europa, sondern auch Asien erhöhte wirtschaftliche und militärische Hilfe erhalten, und auch das Programm für die wirtschaftlich rückständigen Gebiete benötige weitere finanzielle Mittel.

Für die Innenpolitik verlangte Truman, daß der Kongreß sein „Fair-Deal“-Programm und die Vorlage über die Rechte der Minderheiten verabschiede. Gegen die Korruption in der Regierung werde er mit allen Mitteln angehen. Weiter verlangte er einen umfangreichen Wohnungsbau, Erhöhung der Renten und Anerkennung von Hawaii und Alaska als Bundesstaaten.

Unter den Augen des britischen Premierministers Churchill, der die Rede von der Galeise aus anhörte, sagte Truman, er habe mit

ihm (Churchill) äußerst zufriedenstellende Besprechungen geführt, in denen die Lage in Europa, im Nahen und Fernen Osten eingehend erörtert worden sei.

Deutschland als Partner

Washington (AP). Präsident Truman und Premierminister Churchill haben am Mittwoch in einem Kommuniqué über ihre Besprechungen der europäischen Verteidigungsgemeinschaft, der Deutschland als „voller und gleichberechtigter Partner“ angehören soll, die Unterstützung ihrer Regierungen zugesagt.

Am Dienstagabend hatten Premierminister Churchill und Präsident Truman ihre vier-tägige Konferenz im Weißen Haus beendet, die nach dem Besuch Churchills in Kanada fortgesetzt werden soll. Verantwortliche Kon-

ferenzteilnehmer versicherten hinterher, daß den Plänen für die Europa-Armee die beste Unterstützung gewährt werden soll. Churchill habe ormai die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Europa-Armee betont, um dem Plan zum Gelingen zu verhelfen. Man sei sich darüber einig, daß die Zusammenkünfte es jedem der beiden Länder ermöglicht hätten, eine gemeinsame Politik gegen die Gefahren im Mittleren Osten, in Südostasien und dem Fernen Osten zu entwickeln. Auch bezüglich der Verteilung der knappen Rohmaterialien ist ein gegenseitiges Einverständnis erreicht worden.

Weitere Kämpfe am Suezkanal

Kairo (AP). Die Umgebung des britischen Luftstützpunktes Abu Saair in der Suezkanalzone war am Mittwochvormittag Schauplatz weiterer blutiger Zusammenstöße. Ägyptische Guerilla unternehmen nach britischen Berichten zwei „schwere Feuerüberfälle“ auf britische Militärkonvois vier und zwölf Kilometer westlich von Abu Saair. Ein britischer Offizier und ein Soldat wurden getötet, weitere verwundet. Die Kämpfe in dem benachbarten abgeriegelten Gebiet dauern noch an.



Englands Lufthansa
Englands erster Hochstrahltriebwerk, der mit 2 Motoren und 2 Luftschrauben ausgerüstet ist, machte am Beginn dieses Jahres über dem Flugplatz Fulda bei Bristol einen ergebnisreichen Probeflug. Er hat Sitzplätze für 12 Personen. Die Höchstgeschwindigkeit liegt bei 225 km/h, die Reisegeschwindigkeit bei 160 km/h. Er soll im Luftverkehr zwischen London und Birmingham als Lufthansa eingesetzt werden. (AP)

UNO-Beschlüsse übermittelt

Bonn (dpa). Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Trygve Lie, hat der deutschen Bundesregierung die Deutschlandbeschlüsse der Vollversammlung der UNO übermittelt.

Die UNO hatte beschlossen, eine Kommission einzusetzen, die die Voraussetzungen für gemeinsame Wahlen an Ort und Stelle prüfen soll.

Ministerpräsident Otto Grotewohl hat gestern in einer Regierungserklärung vor der sowjetischen Volkskammer den Beschluß der UNO-Vollversammlung über die Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der Wahlvoraussetzungen in ganz Deutschland formell und kategorisch abgelehnt.

Neues in Kürze

Der sozialistische Abgeordnete Christian Pönow, der vom Staatspräsident Vincent Auriol als erster beauftragt worden war, Verhandlungen über die Bildung einer neuen französischen Regierung zu führen, hat seine Bemühungen am Mittwochmittag eingestellt. (AP)

Der Sowjetunionministerpräsident Otto Grotewohl (SED) legte der Volkskammer gestern einen fünfseitigen Bericht seiner Regierung vor, der die Bildung einer Kommission aus je fünf Vertretern der Sowjetunion und der Bundesrepublik zur Ausarbeitung eines gemeinsamen Wahlgesetzes vorschlägt. (AP)

Stalin Niemöller ist von seiner Beise nach Moskau zurückgekehrt und gestern auf dem Flugplatz Frankfurt/M. gelandet, von wo er sich nach Wiesbaden begab.

Bernhard Ranks hat sich dem „Vorbereitenden Ausschuss für die Befreiung deutscher Soldaten aus den Lagern und Gefängnissen der Gewehrmaschinen“ zur Verfügung gestellt. Der Ausschuss wurde von der Sozialistischen Reichspartei ins Leben gerufen.

Unter Polizeiaufsicht werden in List auf der Nordseeinsel Sylt zwei Kasernenblöcke zwangsweise für alliierte Truppen präpariert. Der Leiter Bürgermeister und sein Stellvertreter legten aus Protest ihre Ämter nieder.

Das Bundespräsidium beschiedene Meldungen als unrichtig, nach denen die alliierte Hohen Kommission von der Bundesregierung verlangt habe, sämtliche Urteile in den Kriegsverbrecher-Prozessen anzuerkennen.

Nach zehntägiger Betätigungsarbeit konnten gestern mittig alle zwölf auf der Zeche Graf Bismarck 1/4 in Gelsenkirchen am Vortage verschütteten Bergleute unverletzt geborgen werden.

Der belgische Ministerpräsident Joseph Pholien und seine christlich-demokratische Regierung haben König Baldwin am Mittwochmorgen ihren Rücktritt angeboten. (AP)

Ein gegen die Staatsicherheit gerichteter Komplott ist am Dienstag in Portugal aufgedeckt worden. Die Führer eines revolutionären Untergrund-Komitees sind verhaftet worden. (AP)

